

Ausländerfeindlichkeit in Deutschland

Politischer Rechtsruck oder Politikversagen?

Wolf Rainer Leenen, Köln

Die brutalen Übergriffe auf Asylbewerberwohnheime in Hünxe, Hoyerswerda, Rostock und andernorts haben zusätzlich zu dem schon viel zu lange schwelenden Streit über Asylfragen einen zweiten Schauplatz der politischen Diskussion eröffnet, auf dem nun überwiegend die gleichen Darsteller auftreten und mit Betroffenheitsgestus das Publikum über die Hintergründe des Geschehens belehren. Wie man immer wieder hören kann, ist Ausländerfeindlichkeit offenbar eine typisch deutsche Krankheit. Seltener hingegen erhält man fundierte Antworten auf die Frage, wie stark Ausländerfeindlichkeit verbreitet ist, welche Bedingungen ihr Entstehen begünstigen und: wie Politik mit diesen Einflußfaktoren umgehen könnte? Dieser Beitrag versucht, hierzu vorliegende Ergebnisse der Sozialforschung fruchtbar zu machen. Drei Fragen sollen vor allem beleuchtet werden:

- In welchem Ausmaß sind die Bundesbürger Ausländern gegenüber feindlich eingestellt, und wie haben sich diese Einstellungen in den letzten Jahren verändert?
- Sind die ausländerfeindlichen Reaktionen in der Bundesrepublik Resultat eines wiedererstarkten oder neuen Rassismus?
- Nimmt die Militanz ausländerfeindlicher Reaktionen in der Bundesrepublik generell zu?

Es ist zweifelhaft, ob die »Feindlichkeit« dieser Reaktionen allerdings überhaupt vergleichbar ist. Vorauszuschicken sind deshalb einige Bemerkungen zum Begriff Ausländerfeindlichkeit.

I

»Ausländerfeindlichkeit« ist eine neudeutsche Wortschöpfung, die sich erst Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre im Sprachgebrauch etabliert hat und aus der politischen Auseinandersetzung um den Status der »Ausländer« in der deutschen Gesellschaft erwachsen ist. In den fünfziger und sechziger Jahren sprach man zunächst vom »Gastarbeiter«, dann vom »ausländischen Arbeitnehmer«, seit den Bemühungen der sozialliberalen Koalition um eine verbesserte Integration auch euphemistisch vom »ausländischen Mitbürger«. Verallgemeinernd von »Ausländern« spricht man erst, seitdem verschiedene Gruppen von Zuwanderern zum *Negativthema* deutscher Politik avanciert sind. »Ausländerfeindlichkeit« ist demnach ein Gegen- und Abwehrbegriff zu zeittypischen Reizworten der politischen Auseinandersetzung wie »Ausländerflut« und »Ausländerschwemme« und somit Teil einer semantischen Verteidigungsstrategie, die jegliche Diskriminierung und politische Schlech-

erstellung von Ausländern moralisch abzuqualifizieren suchte, ob es nun um rassistische Äußerungen im Alltag (z. B. die berüchtigten »Türkenwitze«), um rechtsradikale Aktionen oder um die politische Diskussion des Familiennachsatzes oder des neuen Ausländergesetzes ging.

So erfolgreich der Begriff in dieser politischen Auseinandersetzung sein mag – wenn man Ursachen analysieren und Gegenstrategien entwickeln will, erweist er sich in beiden Begriffskomponenten als zu ungenau:

– Zielscheibe der sog. *Ausländerfeindlichkeit* sind nicht völlig unterschiedslos »die Ausländer«, sondern ein bestimmter Typus des Ausländers. »Ausländerfeindlichkeit« in Deutschland richtet sich im wesentlichen nicht gegen holländische oder englische Fernsehstars, auch nicht gegen amerikanische Touristen oder japanische Geschäftsleute, sondern gegen die Armutswanderer und Flüchtlinge aus Osteuropa und aus Ländern der Dritten Welt.

– Quelle von sog. *Ausländerfeindlichkeit* kann sehr unterschiedliches sein: Vorurteile gegenüber Minderheiten, rechtsradikale Einstellungen, aber auch Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen, die das Zusammenleben von »Ausländern« und Deutschen betreffen (beispielsweise in der Bildungspolitik).

»Ausländerfeindlichkeit« ist ein kämpferischer, parteilicher Begriff, der, um politisch schlagkräftig zu sein, auf solche Unterscheidungen verzichtet hat.¹ Das hat die Entwicklung differenzierter politischer Konzepte nicht gerade gefördert.² Man muß »Ausländerfeindlichkeit« häufig in Anführungszeichen setzen, um kenntlich zu machen, daß hierunter doch sehr unterschiedliche Reaktionsmuster subsumiert werden. Ich möchte im Folgenden feindliche Reaktionen, die sich aus rechtsextremen und rechtsradikalen Einstellungen herleiten, von Ablehnungsreaktionen unterscheiden, die sich aus allgemeinen politischen Erwägungen kritisch mit dem Thema Zuwanderung auseinandersetzen. Ich werde zunächst auf das Potential an rechtsextremen Einstellungen und auf aktuelle Erfolge des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik eingehen. Ich spreche von

Extremismus mit Bezug auf die Links-Rechts-Dimension und orientiere mich an der traditionellen Auffassung, die rechtsextreme Gruppierungen durch ihre Ablehnung demokratischer Teilhaberechte, ihren Hang zu autoritären, antiparlamentarischen und antipluralistischen Gesellschaftsvorstellungen sowie durch ihr nationalistisches und fremdenfeindliches Gedankengut kennzeichnet. Mit »*Rechtsradikalismus*« wird dagegen die Dimension der politischen Mittel angesprochen. In diesen Zusammenhang gehört die Frage nach der Zunahme der Gewaltbereitschaft. Abschließend werde ich auf die sogenannte *Ausländerfeindlichkeit* der Bundesbürger eingehen, wie sie sich nach zahlreichen Einstellungsuntersuchungen und Meinungsumfragen der letzten Jahre darstellt.

II

In der politischen Geschichte der Bundesrepublik hat sich das *Unterstützungspotential für rechtsextreme Ideologien* in Wahlen immer nur punktuell gezeigt: Hier sind insbesondere die Wahlerfolge der NPD zwischen 1966 und 1968 in Erinnerung. Nachdem in der Folgezeit die NPD in der politischen Bedeutungslosigkeit versank, hat man in den siebziger Jahren in verschiedenen Einstellungsuntersuchungen versucht, das Rechtsextremisierungspotential ohne den direkten Bezug auf Wahlergebnisse auszuloten, wobei je nach Meßinstrumentarium ein potentieller Wähleranteil von zwischen 2 Prozent und fast 20 Prozent ermittelt wurde.³

1 Vor allem der unterschwellige Faschismusvorwurf bringt politische Alltagsreaktionen mit rassistischen Weltbildern auf eine Ebene. Sie wertet damit unbeabsichtigt den Rassismus in seiner Bedeutung auf und macht jede kritische politische Meinungsäußerung in bezug auf Ausländerfragen mundtot.

2 Der politische Aktionismus gegen Ausländerfeindlichkeit geht immer wieder in die gleiche Richtung: man formuliert Appelle (»Stopp der Neonazis!«, bzw. jetzt in Rostock: »Stopp die Pogrome« – was immer das heißen mag), ruft nach dem Staat (Verbot rechtsextremistischer Organisationen) oder weicht aus in eine Pädagogik der gemeinsamen Gewissenserforschung (»Haben wir nicht alle Vorurteile?«).

3 Nach der Studie von W. Jaide, *Achtzehnjährige zwischen Reaktion und Rebellion*. Politische Einstellungen und Aktivitäten Jugendlicher in der Bundesrepublik, Opladen 1978, waren etwa 15 Prozent der westdeutschen Jugendlichen als rechtsextrem einzustufen. Die Untersuchungen von W.

Diese Schwankungsbreite zeigt zunächst einmal, daß es ein eindeutig abgrenzbares bzw. sich eindeutig abgrenzendes Rechtsextremisierungspotential nicht gibt. Es zeigt sich weiterhin, zieht man beispielsweise die Ergebnisse der SINUS-Studie heran, die für 1980 einen Anteil von 13 Prozent der Wahlbevölkerung mit rechtsextremen Vorstellungen ermittelte⁴, daß die Bundesrepublik im europäischen Vergleich keineswegs eine Sonderstellung einnimmt: nach Untersuchungen von R. Inglehart können sich etwa 14 Prozent der westeuropäischen Wähler vorstellen, einmal eine rechtsextreme Partei zu wählen. Damit scheint sich die Bundesrepublik im Rahmen dessen zu bewegen, was E. K. Scheuch einmal die »*normale Pathologie von freiheitlichen Industriegesellschaften*«⁵ genannt hat. Gilt diese Einschätzung aber auch noch nach den Wahlerfolgen der Republikaner und der DVU seit 1989?

Nach dem (wohl auch für die Republikaner selbst) überraschenden Wahlerfolg in Berlin 1989 (7,5 Prozent der Stimmen) und bei der Europawahl im Juni 1989 (7,1 Prozent) sanken die Republikaner in der Wählergunst bei den Kommunalwahlen 1990 deutlich ab; in den bayerischen Hochburgen sank das Wählerpotential rapide (z. B. in Augsburg von 19,6 auf 10,6 Prozent); bei den Landtagswahlen im Saarland erhielt die Partei 3,3 Prozent (im Januar 1990), in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (im Mai 1990) nicht einmal 2 Prozent der Wählerstimmen. Im Oktober 1990 scheiterten die Republikaner in ihrem Stamm-land Bayern an der Fünfprozenthürde. Offenbar wurde die Partei hier von den Entwicklungen um die sich anbahnende deutsche Einigung überrollt⁶. Inzwischen aber haben die Parteien des rechten politischen Spektrums das Stimmungstief wieder überwunden: Wahlerfolge sind für die Bürgerschaftswahl in Bremen (September 1991) sowie in den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg im April 1992 zu konstatieren. Bei der Bremer Wahl erzielten DVU und Republikaner zusammen 7,7 Prozent der Wählerstimmen, in Schleswig-Holstein 7,5 Prozent, in Baden-Württemberg die Republikaner allein 10,9 Prozent. Sind das nicht überdeutliche Anzei-

chen eines wachsenden Rechtsextremismus? Wahlerfolge allein sind hierfür sicherlich kein schlüssiger Beweis. Schon seit über zehn Jahren stellen Wahlforscher in der Bundesrepublik einen schleppenden, in der jüngsten Zeit geradezu galoppierenden Bedeutungsverlust der großen Parteien fest. Bei den Wahlen 1991 und 1992 in Berlin, Bremen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein haben nur noch zwischen 48 und 58 Prozent der Wahlberechtigten eine der beiden großen Parteien gewählt. Nach Schätzungen von FORSA verlor die SPD im Zeitraum von 1972 bis 1990 etwa 3,5 Mio. ihrer Wähler, die CDU von 1983 bis 1990 etwa 2,2 Mio. Die Mehrheit der Wahlberechtigten ist zur Zeit der Meinung, daß die beiden großen Parteien die aktuell anstehenden Probleme nicht lösen können. Ein deutliches Zeichen dieses Vertrauensverlustes ist der zunehmende Anteil der Nicht-Wähler: die neue »Volkspartei« der Nicht-Wähler war bei den Wahlen 1991 und 1992 entweder stärkste (in Berlin und Baden-Württemberg) oder zweitstärkste (in Bremen und Schleswig-Holstein) Partei. Angesichts dieser Krise der etablierten Großparteien⁷ wäre es sicher nicht richtig, die Erfolge der Rechtsparteien als eine zunehmende Anfälligkeit der Wahlbevölkerung für rechtsextremistische Ideologien zu interpretieren, zumal sich die Stimmenanteile im Rahmen der Potentialschätzungen bewegen. Neben dem Nicht-Wählen ist die Wahl rechter Parteien offenbar eine Form des systemimmanenten⁸ po-

Gessenharter u. a. (Rechtsextremismus als normativ-praktisches Forschungsproblem, Weinheim/Basel 1978) stellen bei Bundeswehr-Studenten ein Potential von etwa 10 Prozent rechtsextrem eingestellten fest.

4 Vgl. SINUS Institut, 5 Millionen Deutsche: »Wir sollten wieder einen Führer haben...«. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek 1981.

5 E. K. Scheuch: »Politischer Extremismus in der Bundesrepublik«, in: Löwenthal, R. u. a. (Hrsg.), Die zweite Republik, Stuttgart 1974, S. 433-469.

6 Vgl. U. Backes: »Extremismus und Populismus von rechts. Ein Vergleich auf europäischer Ebene«, Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B46-47/1990, S. 3-14.

7 Siehe hierzu auch E. Wiesendahl: »Volksparteien im Abstieg«, Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 34-35/1992, S. 3-14.

8 Bei hohen Zustimmungswerten für das demokratische politische System.

litischen Protestes. Das zeigen auch die Ergebnisse der Sozialstrukturanalysen.

Wer wählt heutzutage rechts? *Im Norden wie im Süden haben eher die sozial schwachen Gruppen, deutlich mehr Männer als Frauen, die Jüngsten und die Ältesten rechts gewählt. Die Rechtsparteien entpuppen sich damit als Sprachrohr der sozialen Unterschichten, die offenbar heute im Parteienspektrum keine Repräsentanz mehr finden. Dabei scheint es keine Rolle zu spielen, unter welchem Namen die Rechtsparteien antreten, wie die gleichzeitigen Erfolge von Republikanern und DVU zeigen. Auch ist ohne Belang, welche Programme sie vertreten (die der etablierten Parteien sind meist auch nicht vertraut). Es geht den neuen Rechtswählern um eine Plattform, mit deren Hilfe sie sich Gehör verschaffen wollen, nicht um Ideologien.*⁹ So die Interpretation der Wahlergebnisse durch Ursula Feist vom Meinungsforschungsinstitut Infas. Die Forschungsgruppe Wahlen zieht einen ganz ähnlichen Vergleich zwischen den Wahlerfolgen der Republikaner in Berlin 1989 und Bremen 1991: *»Hier wie da sind es letztlich soziale und wirtschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, die in bestimmten Wohnvierteln ein politisches Kleinklima entstehen lassen, in dem Verunsicherung und Angst vor Statusverlust dominant werden. Die Wahl der extremen Rechten hat dabei eine Ventilfunktion, um den Regierenden zu zeigen, daß diese auf die Probleme der Bürger bisher nicht befriedigend reagiert haben. Wenn sich dann noch ein Kristallisationsthema wie die Asylanten- und Ausländerfrage anbietet, hat eine extreme Partei, die die Emotionen der sich benachteiligt Fühlenden anspricht, eine hohe Chance des Erfolgs.«*¹⁰

Hier zeigen sich Parallelen zum Vorgehen des »Front National« in Frankreich, der seine Wahlerfolge bislang auch hauptsächlich in den von Strukturkrisen bedrohten hochindustrialisierten Ballungsräumen erzielt und den »Mann auf der Straße« mit Themen wie Arbeitslosigkeit, Kriminalität und der Ausländerfrage gegen »die da oben« zu mobilisieren versucht.¹¹ Die Ausländerfrage ist nicht das einzige Thema dieser Neuen Rechten; vielmehr werden die Lebensbedingungen in einem weiteren Sinne

problematisch: Wohnungsnot und Mietpreisentwicklung; Sorgen um die innere Sicherheit; Lücken in der sozialen Sicherung; Unsicherheit des Arbeitsplatzes. Die Ausländerfrage bietet allerdings die Möglichkeit, verschiedenartige Ängste und Entfremdungsgefühle zu bündeln und als Benachteiligungsvorwurf gegen die Zuwanderer zu wenden.

Der Nährboden für das Entstehen der Neuen Rechten wird von den meisten Soziologen nicht im klassischen Rassismus, also auf der ideologischen Ebene, sondern in dem rapiden sozialen und wirtschaftlichen Strukturwandel gesehen, der dem einzelnen seine ihm sinnhaft stützenden Milieus (z. B. das traditionelle Arbeitermilieu mit Gewerkschaftsorientierung) und die dort noch möglichen Identifikationen mehr und mehr genommen hat.¹² Die kollektive Tendenz der Individualisierung, wie sie im Anschluß an U. Beck¹³ in den letzten Jahren analysiert worden ist, hat zwar einerseits größere Möglichkeiten der Selbstentfaltung, der individuellen Autonomie der Lebensführung, andererseits aber auch größere Risiken der Orientierungs- und Heimatlosigkeit, Status- und Konkurrenzängste erzeugt.¹⁴ Es ist zu vermuten, daß sich bei den unteren sozialen Schichten eher die Risiken als die Chancen die-

9 U. Feist: »Ein europäischer Trend«, Das Parlament vom 10. April 1992, S. 6.

10 Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Bremen vom 29. 9. 1991. Berichte Nr. 66, Mannheim 1991, S. 56 (zitiert nach Gegenwartskunde 4/1991, S. 472).

11 Vgl. U. Backes (Anm. 6), S. 7.

12 Konrad Schacht spricht von einem Notsignal aus den anonymen Wohnstrukturen des Massenwohnungsbaus, in denen Isolation und Entfremdung herrschen: »Der Rechts-Extremismus hat eine Zukunft«, Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 2/1991, S. 152–158 (156). Siehe auch Pascal Perrineau: »Front national: l'écho politique de l'anomie urbaine«, Esprit (1988) 136/137, S. 22–38. Hoyerswerda mit seinen tristen Wohnbunkern ohne jegliche soziale Infrastruktur, seinen Umwelt- und neuerdings auch Strukturproblemen (der Braunkohleabbau in der Region hat kaum noch Zukunft) wirkt in diesem Zusammenhang wie ein Modellfall für das Umkippen von Entfremdung und Benachteiligung in Aggressivität. Siehe dazu M. Heßler: »Ausländerfeindlichkeit in den ostdeutschen Bundesländern. Anmerkungen zu den ersten Umfragen und aktuellen Ereignissen«, Informationsdienst zur Ausländerarbeit 3/1991, S. 26–34.

13 U. Beck: »Jenseits von Stand und Klasse?«, in: Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten. Sonderband 2 der Sozialen Welt, Göttingen 1983.

14 Vgl. K. Schacht (Anm. 12), S. 154.

ser Entwicklung bemerkbar machen. Rechts-extremes Wahlverhalten wird als ein Protest der im Strukturwandel Benachteiligten, der Verlierer des Modernisierungsprozesses, als Produkt sozialer Verunsicherung in Verbindung mit politischer Entfremdung interpretiert.

Die Zuwanderer werden zum Hauptangriffspunkt eines rückwärtsgewandten Protestes gegen vielfältige Modernisierungsphänomene, weil ihre Anwesenheit zum Symbol des Heimat- und Identitätsverlustes gemacht werden kann.¹⁵ Als Noch-nicht- bzw. Nicht-ganz-Dazugehörige sind sie die ideale Projektionsfläche für Benachteiligungsängste und grassierenden Sozialneid. Die Attraktivität der modernen Wohlstandsgesellschaft für die Angehörigen der sogenannten Übergangsgesellschaften wird von den unteren Schichten der Aufnahmegesellschaften mit Argwohn betrachtet. Eine Zuwanderung größeren Ausmaßes führt für sie zu realen zusätzlichen Belastungen bzw. Engpässen (beispielsweise in der Versorgung mit Wohnungen oder im Zugang zu Bildungsgütern) und verschärft die bestehenden Ängste, im Konkurrenzkampf nicht bestehen zu können. Die Wähler der Republikaner, für die nach den Untersuchungen von Roth¹⁶ kennzeichnend ist, daß sie mit ihrer Lebenssituation deutlich unzufriedener sind und auch die Wirtschaftsaussichten deutlich pessimistischer einschätzen als alle anderen Wählerschichten, sind von daher grundsätzlich gegen jede Art von Zuwanderung, lehnen (wohlgemerkt im Gegensatz zur Mehrheit der übrigen Wähler) beispielsweise auch das Recht auf politisches Asyl völlig ab, wollen die Zahl ausländischer Arbeitskräfte in der BRD verringern und die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit auch für Ausländer, die schon länger bei uns leben, auf keinen Fall erleichtern. Ihre Ablehnung bezieht sich nicht allein auf Ausländer, sondern auch auf deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa und – als Deutsche aus der DDR im Herbst 1989 über die Bot-schaften im Ausland ihre Ausreise in die Bundesrepublik erzwingen wollten – auch auf Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR. In Zuwanderungsfragen ist bezeichnenderweise nicht so sehr ihr ausgeprägtes Nationalbewußtsein, sondern die Angst, den bescheide-

nen Wohlstand teilen zu müssen, das dominierende Einstellungsmotiv. Was mit dieser Neuen Rechten aufblüht, ist also offenbar weniger der alte Rassismus¹⁷, als vielmehr ein neuer von Ängsten diktiert Wohlstands-Chauvinismus.¹⁸

III

Militant ausländerfeindliche Reaktionen kann man nach den Untersuchungen der Kriminalämter und des Verfassungsschutzes ganz überwiegend der rechtsradikalen Szene zuordnen. Inwieweit die Gewaltbereitschaft dieser Szene zunimmt, kann man kaum durch Befragungen, sondern im Grunde nur im nachhinein anhand der erfaßten Straftaten feststellen.

Nach Schätzungen der Innenministerien waren Anfang 1991 in den alten Bundesländern etwa 30 000, in den neuen Bundesländern ca. 15 000 Personen in der organisierten Rechtsaußen-Szene (d. h. in Parteien [NPD, DVU-Liste D, Republikaner, FAP], Kulturvereinigungen [DVU], Theoriezirkeln der »Neuen Rechten«, Verlagen sowie in militanten Kadergruppen [Nationalistische Front etc.]) aktiv.¹⁹ Der Ver-

15 Vgl. W. Linder: »Migrationswirkungen, institutionelle Politik und politische Öffentlichkeit«, in: W. Kälin / R. Moser (Hrsg.), Migrationen aus der Dritten Welt. Ursachen und Wirkungen. Bern/Stuttgart 1989, S. 145–157 (148).

16 D. Roth: »Die Republikaner. Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand«, Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 37–38/1990, S. 27–39 (37).

17 Rassistische Äußerungen, die in diesem Umfeld natürlich laufend fallen, sind nicht notwendig Bestandteil einer rassistischen Ideologie (wie das gängige Vorurteil hier nahelegt), sondern unabhängig von der Vorurteils- und Einstellungsfrage ein Instrument der Selbstbehauptung und Interessendurchsetzung. Sie treten in Verteilungskämpfen stets verstärkt auf und werden bewußt oder unbewußt eingesetzt, um unliebsame Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen. Man könnte es als eine Art Präventivstrategie deuten, daß gerade in den neuen Bundesländern verstärkt rassistische und ausländerfeindliche Reaktionen feststellbar sind, obwohl es dort im Grunde kaum Ausländer gibt, die konkret hierzu der Anlaß sein könnten.

18 Vgl. D. Roth (Anm. 16), S. 38.

19 Vgl. H.-G. Jaschke: »Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Einige Thesen über Ursachen und Erscheinungsformen«, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Wahrhafte Demokratie und Rechtsextremismus, Bonn 1992, S. 65–71 (65). Man vergleiche das mit den Mitgliederzahlen des Front National in Frankreich, die auf etwa 80 000 geschätzt werden: F.-W. Schlomann: »Rechtsextremismus als internationales Phänomen«, ebd., S. 107–124 (114).

Tabelle 1
Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug in der Bundesrepublik 1984–1991¹

	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991 ¹
Gesetzesverletzungen insgesamt	1714	1569	1281	1447	1607	1853	1380	3884
darunter Gewalttaten wie:								
Tötungsdelikte	1	2	0	0	0	1	2	3
Brand- u. Sprengstoffanschläge	12	11	5	8	12	12	12	383
Körperverletzungen	44	33	41	38	36	52	51	449

¹ Einschließlich neue Bundesländer
Quelle: Verfassungsschutzberichte; BKA.

fassungsschutzbericht für 1991 nennt ca. 40 000 Mitgliedschaften ohne Einbezug der Republikaner. Wie stark in diesem Umfeld Gewaltbereitschaft vorhanden ist, kann man nur vermuten. Nach den Ermittlungen der Polizei gehen Gewalttaten vor allem von Anhängern der neonazistischen Gruppierungen und der Skinhead-Szene aus. Anfang 1991 schätzte man die Zahl der militanten rechtsextremistischen Aktivisten in den alten Bundesländern auf mindestens 600 bis 700 und das neonazistische bzw. neonazistisch anpolitisierte Skin-Gewaltpotential auf mindestens 500 Personen, wobei man von insgesamt 2500 bis 3000 Skinheads ausging.²⁰ Der Verfassungsschutzbericht 1991 spricht von einem starken Anstieg des neonationalsozialistischen Gewaltpotentials und nennt in diesem Zusammenhang 1200 Skinheads in Westdeutschland und 3000 in Ostdeutschland. Zum erklärten Feindbild dieser Militanten, in dem rassistische Elemente eine große Rolle spielen, gehört einmal der politische Gegner, also die »linke Szene«, dann Homosexuelle und Prostituierte (alles »Un-deutsche«) und nicht zuletzt ethnische Minderheiten, insbesondere Asylbewerber. Gewalttätige Übergriffe auf Ausländer kann man hauptsächlich dieser Szene zurechnen, wobei der Verfassungsschutz bislang weder Anzeichen einer systematischen Steuerung durch überregionale Zirkel noch Belege für einen Gewaltexport größeren Umfangs von West nach Ost sieht.

Die Zahl der Gesetzesverletzungen mit rechtsextremem Bezug schwankte in den Jahren von 1980 bis 1990 zwischen 1500 und 2000 Straftaten im Jahr, wobei die sog. Propagandadelikte stets überwogen. Leider sind die Erfassungs-

konzepte in den letzten Jahren derart häufig verändert worden, daß die Daten der Landeskriminalämter und des Verfassungsschutzes nur noch begrenzt interpretationsfähig sind. Von einer generellen Zunahme der Militanz in den achtziger Jahren kann man aber wohl nicht sprechen (vgl. Tabelle 1). Eindeutig scheint dagegen der Anstieg der Gewalttaten im Jahr 1991 zu sein. Allerdings fehlt auch hier die Vergleichbarkeit gegenüber den Vorjahren, weil die neuen Bundesländer erstmals mit erfaßt werden und seit 1991 auch Gesetzesverletzungen mit *zu vermutender* rechtsextremistischer Motivation miteingerechnet werden.²¹ Auch unter Berücksichtigung dieser Einflüsse bleibt der Anstieg der Gewalttaten 1991 erheblich. Dabei spielen die Ereignisse in der zweiten Jahreshälfte um Hoyerswerda eine entscheidende Rolle. Darauf wird noch eingegangen sein.

Auswertungen der sogenannten fremdenfeindlichen Straftaten in NRW 1991 zeigen, daß die (fast ausschließlich männlichen) Straftäter ganz überwiegend aus der entsprechenden Gemeinde (zu 76 Prozent) oder aus einer Nachbargemeinde (21 Prozent) stammen.²² Der Schwerpunkt der Straftaten liegt keineswegs in

20 H. Sippel: »Die Herausforderung unseres demokratischen Rechtsstaates durch den Rechtsextremismus«, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1991, S. 21–35 (26 f.).
21 Diese Art der Zählung verändert die Quantitäten erheblich. Die im Verfassungsschutzbericht 1991 nachträglich korrigierten Werte für 1990 sind mehr als doppelt so hoch wie die im Bericht 1990 veröffentlichten.
22 Selbst bei den Ausschreitungen in Rostock, bei denen die Medien »Krawall-Tourismus« diagnostizierten, stammen von den 244 Festgenommenen über 50 Prozent aus Rostock; vgl. Kölner Stadt-Anzeiger vom 27. August 1992, S. 6.

den Großstädten mit relativ hohem Ausländeranteil, sondern in mittleren und kleineren Gemeinden; drei Viertel aller Straftaten werden in Gemeinden unter 100 000 Einwohnern begangen. Zwei Drittel der Straftäter sind Jugendliche unter 20 Jahren (der Anteil der über 30jährigen ist schon verschwindend gering), es überwiegen Hauptschüler.²³

Die Analyse der sozialstrukturellen Hintergründe fremdenfeindlicher Straftaten führt in die gleiche Richtung wie die Interpretation des Wahlerfolges rechtsextremistischer Parteien. Die zunehmende Vereinzelung, die Auflösung traditioneller sozialer Milieus mit ihren selbstverständlichen Zugehörigkeiten sowie die zunehmende Bedeutung des Leistungs- und Konkurrenzprinzips für den individuellen Lebensweg treffen Jugendliche in der Übergangsphase in die Erwachsenenwelt, insbesondere bildungsbenachteiligte Jugendliche, besonders hart. Die Subkultur der Kraftmeierei und der einfachen Regeln spricht vor allem die an, die von den modernen Zwängen einer »subjektgesteuerten Bildungsbiographie« völlig überfordert sind, die in der »neuen Unübersichtlichkeit« orientierungslos und mit einem »Nur«-Hauptschulabschluss »historisch in die Nähe zum Analphabetentum gerückt« sind. »Anomische Reaktionen der Jugendlichen sind (aktuell oder potentiell) in derartigen Bildungsgettos beruflicher Zukunftslosigkeit geradezu vorgezeichnet.«²⁴ Die Untersuchungen von Heitmeyer und Roth zeigen, wie derartige Vereinzelungs- und Ohnmachtserfahrungen durch Gewaltbereitschaft überkompensiert und politische Entfremdungs- in Überfremdungsempfinden transformiert werden.²⁵ Wo ist die Jugendpolitik und Jugendarbeit, die diese Jugendlichen für die Gesellschaft zurückgewinnen könnte, die ihnen Erfahrungen gesellschaftlicher Nützlichkeit und sozialer Einbindung sowie individuelle Zukunftsperspektiven bieten könnte?

Muß man diesen randständigen, quantitativ doch eher unbedeutenden Gruppierungen bei der Diskussion des Themas Ausländerfeindlichkeit überhaupt so viel Aufmerksamkeit widmen? Lenkt dies nicht ab von der Ausländerfeindlichkeit der Mehrheit unserer Gesellschaft, von »unserer aller Ausländerfeindlich-

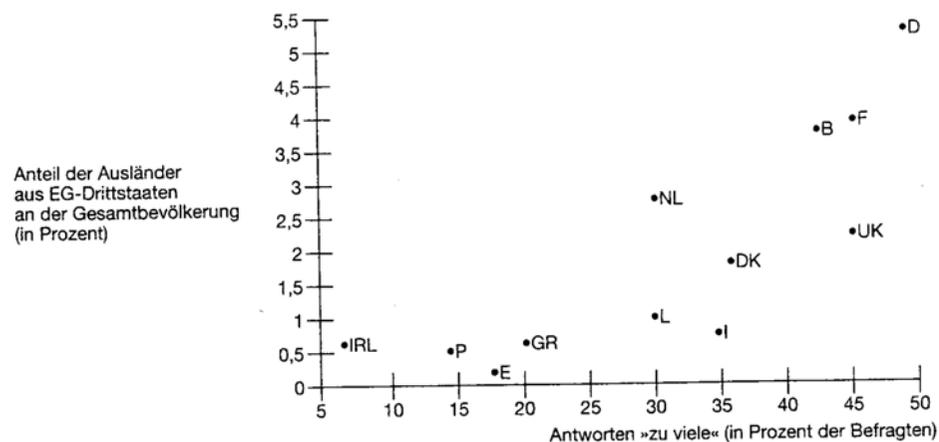
keit«? Man kann in der Tat davon ausgehen, daß ein aktiv diskriminierendes und gewalttätiges Verhalten durch eine Unterstützungshaltung des sozialen Umfelds gefördert wird. Aber die Schlußfolgerung, sich nicht so sehr mit Skins und deren militanter Ausländerfeindlichkeit auseinanderzusetzen, um aus ihnen nicht den neuen Sündenbock zu machen – so wird in Sozialarbeiterkreisen zuweilen argumentiert –, führt in eine ausgesprochen schwärmerische und unpolitische Position. Diese Wendung ins Unpolitische, in die Innerlichkeit moralischen Rasonierens, ist bei diesem Thema insbesondere für die politische Linke kennzeichnend, die sich zerknirscht auch selbst »ausländerfeindlicher« Regungen verdächtig, obwohl sie der Tendenz nach eher zur Überidentifikation mit Fremden neigt. Eine ganz ähnliche Ausweichendenz gibt es im übrigen auch bei den politisch Verantwortlichen, die die Fragen nach strukturellen Vorbedingungen von Ausländerfeindlichkeit umgehen und lieber über die angebliche Ausländerfeindlichkeit der schweigenden Mehrheit philosophieren, die man dann mit den preiswerten Mitteln moralischer Überredungskunst wieder auf den rechten Pfad zurückzubringen versucht.

23 Der Brandanschlag in Hünxe (Nordrhein-Westfalen) am 3. Oktober 1991, bei dem zwei libanesische Mädchen erhebliche Brandverletzungen erlitten, ist beinahe ein Modellfall. Den Anschlag auf die Asylbewerberunterkunft verübten drei Skinheads, alle noch unter 20 Jahre alt und aus Hünxe stammend, einem Landstädtchen von etwa 13 000 Einwohnern. In den Wohnungen der Täter wurden Aufkleber rechtsradikaler Gruppierungen gefunden. Die Idee, die Asylbewerber mit Brandsätzen zu vertreiben, sei ihnen auf einer Feier am Abend des Tages der Deutschen Einheit gekommen, nach reichlichem Alkoholgenuß, sagten die Täter vor Gericht. Vorangegangen waren in Hünxe eine Unterschriftensammlung von 300 Bürgern gegen das Asylbewerberheim sowie ein Beschluß des Rates, der kurz zuvor unter der Überschrift »Unverzüglich abschließen« in der Lokalpresse erschienen war. Siehe *Der Spiegel* 42/1991, S. 48–57.

24 U. Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986, S. 245 u. 246.

25 W. Heitmeyer u. a. (Hrsg.), *Jugend – Staat – Gewalt*, Weinheim/München 1989; W. Heitmeyer/T. Oik (Hrsg.), *Individualisierung von Jugend*, Weinheim/München 1989; W. Heitmeyer, *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen*. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, 3. Auflage, Weinheim/München 1989; R. A. Roth, *Jugendarbeitslosigkeit und politische Kultur*, Passau 1988.

Abbildung 1
Verhältnis zwischen der Vorstellung von der zahlenmäßigen Stärke der Ausländer aus Nicht-EG-Staaten und den tatsächlichen Zahlen in der EG (1988)



Quelle: Eurobarometer.

IV

Kommen wir auf die Bevölkerungsmehrheit zu sprechen, von der seit den Ereignissen in Hoyerswerda und Rostock vermutet wird, daß sie im Grunde gar nicht so sehr anders denkt als die rechtsextremistischen Täter. Zur Aufhellung dieser Frage gibt es eine Vielzahl verteilter Einzeluntersuchungen, die in ihrem Instrumentarium oft nicht vergleichbar sind. Dennoch lassen sich bestimmte Grundtendenzen der Mehrheitsmeinung gegenüber Ausländern schon erkennen, wobei jedoch zu beachten ist, daß die schon geschilderten Einstellungen des rechten politischen Spektrums in dieses repräsentative Meinungsbild mit einfließen. Es kann insofern wenig überraschen, daß in repräsentativen Untersuchungen ein erheblicher Anteil der Befragten sich gegenüber Ausländern skeptisch bis ablehnend äußert. Unerwartet ist möglicherweise, daß sich ein sehr beachtlicher Teil der Befragten eher »ausländerfreundlich« äußert.

In einer Meinungsumfrage vom Oktober 1991 hat Infas den Befragten eine offen ausländerfeindliche Frage vorgelegt, die in der Formulierung gipfelt »Ausländer raus!«²⁶ Dieser Forde-

rung stimmten nach der Umfrage in den neuen Bundesländern 7 Prozent, in Westdeutschland 6 Prozent der Befragten voll und ganz zu. Die Parole lehnten in Ostdeutschland 26 Prozent, in Westdeutschland 39 Prozent voll und ganz ab. Zu denken gibt allerdings, daß der Antwortvorgabe »ist in Einzelfällen berechtigt« 35 Prozent der Westdeutschen und sogar 46 Prozent der Befragten in Ostdeutschland zustimmten. Die Bundesbürger reagieren – das läßt sich schon an den Antworten auf diese grobe Frage erkennen – keinesfalls pauschal ausländerfeindlich, wie oft behauptet wird. Daß die Bevölkerungsmeinung gegenüber Ausländern, auch in ihrer ablehnenden Variante, nicht nur von Pauschalurteilen, negativen Projektionen und abstrakter Fremdenfeindlichkeit bestimmt wird, kann man mit den Ergebnissen

26 Die Frage lautete: »Was ist Ihre Meinung zu der folgenden Aussage? »In der Bundesrepublik gibt es zu viele Ausländer, Gastarbeiter und Asylanten. Sie nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg, überfremden die deutsche Kultur und lassen sich hier aushalten. Deshalb muß man fordern: Ausländer raus!« Die Antwortvorgaben lauteten: A. lehne ich voll und ganz ab; B. ist in Einzelfällen berechtigt; C. ist in vielen Fällen berechtigt; D. ist voll und ganz berechtigt. Vgl. Infas: »Ausländerfeindlichkeit in Umfragen (1987–1991)«, Pädagogik 3/1992, S. 30–31.

der verschiedensten Untersuchungen belegen. In einer von der EG-Kommission 1988 in allen EG-Mitgliedstaaten durchgeführten Umfrage zu Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zeigte sich: »Die Befragten sind vor allem von denjenigen Ausländern in ihrem eigenen Land beunruhigt, die der jeweils am stärksten im Gastland vertretenen Gruppe angehören, aus ökonomischen Gründen eingewandert sind und deren Charakteristika stark von den lokalen Gegebenheiten abweichen.«²⁷ Abbildung 1 zeigt, daß die Meinung zu Menschen anderer Nationalität in verschiedenen europäischen Ländern offenbar stark durch die Zahl der Ausländer aus Nicht-EG-Staaten im betreffenden Land beeinflusst wird (Korrelationskoeffizient = 0,82).²⁸ Vorbehalte gegenüber Ausländern sind demnach keine nationale Eigenart etwa der Deutschen²⁹ oder der Franzosen, die diese Vorbehalte in der EG-Befragung relativ stark äußern, sondern *situative Reaktionsmuster*, die sich in Abhängigkeit von faktischen Konstellationen verändern. Dafür spricht auch, daß in allen Ländern, wenn nach »dem Fremden« gefragt wird, vor allem die stärksten Zuwanderergruppen genannt werden. Auf die Frage, »An wen denken Sie, wenn von Leuten anderer Nationalität die Rede ist?«, denken in Frankreich 55 Prozent der Befragten an Nordafrikaner, in Großbritannien 54 Prozent an Asiaten oder Mittelamerikaner, in Deutschland 63 Prozent der Befragten an Türken.³⁰ Auch die Art der Gefühle, die diesen

Fremden entgegengebracht werden, ist nicht durch ein nationales Stereotyp ein für allemal festgelegt, sondern folgt spezifischen Situations- und Problemwahrnehmungen. Schauen wir uns dazu gleichsam als Modellfall Veränderungen in den Sympathien der Bundesbürger für verschiedene Nationalitäten von Ausländern an, wie sie sich in einem Index niederschlagen, den Emnid³¹ 1973 und dann noch einmal 1983 erhoben hat (vgl. Tabelle 2). Nach der Untersuchung von 1973 waren den Bundesbürgern Spanier, Jugoslawen und Griechen besonders sympathisch. Weniger sympathisch waren ihnen Nordafrikaner, Türken und Italiener. Der Sympathieindex von 1983 zeigt

27 Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Eurobarometer, Sonderausgabe »Rassismus und Ausländerfeindlichkeit«, Brüssel 1989, S. 6.

28 Bei zwei Ländern weicht der Korrelationskoeffizient aus statistischen Erfassungsgründen nach unten ab, weil der offizielle Anteil der Ausländer aus EG-Drittstaaten zu niedrig angegeben wird: In Italien gibt es keine offiziellen Zahlen über die illegal sich aufhaltenden Ausländer, die die öffentliche Meinung aber gleichwohl registriert; im Vereinigten Königreich leben viele Inder und Pakistani mit britischer Staatsangehörigkeit. Die Neigung, Menschen anderer Herkunft im Lande als zu zahlreich zu empfinden, nimmt mit dem Alter, mit sinkendem Bildungsgrad und mit einer Selbsteinstufung rechts von der politischen Mitte deutlich zu.

29 Der angebliche Hang der Deutschen zur Fremdenfeindlichkeit entpuppt sich vielmehr selbst als ein nationales Stereotyp.

30 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Eurobarometer, a. a. O., S. 37.

31 Zitiert nach: A. Gehring/F. Böltgen: »Einstellungen zu Gastarbeitern 1980 und 1984: Ein Vergleich«, ZA-Information 17 (1985), S. 23–33 (32).

Tabelle 2
Sympathien der Bundesbürger für Ausländer 1973 und 1983 (in Prozent der Befragten)

	1973		1983	
	sympathisch	nicht sympathisch	sympathisch	nicht sympathisch
Griechen	8	4	18	4
Jugoslawen	14	3	16	4
Spanier	9	3	15	4
Italiener	9	15	15	9
Türken	5	14	5	46
Nordafrikaner	3	9	4	11
Portugiesen	2	2	8	3
keine Antwort	54	54	20	26

Die Frageformulierung lautete: »Die ausländischen Arbeitnehmer, die Gastarbeiter, kommen ja aus den verschiedensten Ländern. Gibt es eine Gruppe, die Ihnen besonders sympathisch ist? Wer ist das?« – »Gibt es eine Gruppe, die Ihnen nicht sympathisch ist?«

Quelle: Emnid (Anm. 31).

demgegenüber eklatante Veränderungen: Alle EG-Nationen erfahren eine erhebliche Aufwertung; auf der anderen Seite sinkt die Sympathie für die türkischen Arbeitnehmer stark ab. Ein Grund für diesen Stimmungsumschwung ist ganz offenbar in einer zwischenzeitlich erfolgten politischen Thematisierung zu suchen, die man an dem sinkenden Anteil von Befragten, die keine Antwort geben, erkennen kann. Welche politische Entwicklung hat die türkischen Arbeitnehmer in diesem Ausmaß Sympathien gekostet? Zunächst einmal ist auffällig, daß der Stimmungsumschwung in eine Phase verschlechterter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen fällt. Im Gefolge der massiven Ölpreiserhöhungen nach 1973 bzw. nach 1979 wächst in der Bundesrepublik die Staatsverschuldung, sinkt die Wachstumsrate in den Negativbereich und steigt die Zahl der Arbeitslosen. Der Stimmungsumschwung fällt also in die Zeit »einer drastischen Verschlechterung der Wirtschaftssituation: die allgemeine Wirtschaftslage der Bundesrepublik beurteilten 1981 und 1982 nur noch 20 Prozent der Bundesbürger als gut oder sehr gut; in den Vorjahren waren es noch über zwei Drittel gewesen.«³² Andererseits waren die Wanderungssalden der Ausländer, die durch die Folgen der Ölkrise und den Anwerbestopp von 1973 zunächst negativ geworden waren, seit 1978 schon wieder positiv. Angestiegen war insbesondere auch die Zahl der Asylbewerber. Daß die plötzliche Ablehnungsreaktion den türkischen Arbeitnehmern nicht als Angehörigen der türkischen Nation gilt, zeigt eine 1981 von Infas erhobene Sympathieskala, nach der eine Ablehnung ganz ähnlicher Intensität auch alle anderen Ausländergruppen aus Asien und Afrika trifft, die in der aufgeflamten Diskussion um das Asylrecht eine Rolle spielen.³³ 1980 haben die Asylbewerberzahlen zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik die »magische Grenze« von 100 000 überschritten. Bezieht man an dieser Stelle ein, daß sich die Anzahl der Anträge von türkischen Asylbewerbern 1979 noch auf 7900, 1980 dagegen auf 57 900 Anträge belief, dann wird deutlich, daß die politische Diskussion um sogenannte Scheinasylanten und Wirtschafts-

flüchtlinge Richtung und Ausmaß der Ablehnungsreaktion entscheidend bestimmt hat. Aus dem Jahr 1980 stammen auch die Versuche des Innenministeriums, in Modellrechnungen über die Entwicklung der Bevölkerung auch die Ausländer in der Bundesrepublik einzubeziehen, wobei zum einen das Familiennachzugspotential aus der Türkei und zum anderen die Anzahl der über das Asylverfahren zuwandernden Ausländer eine große Rolle spielten.³⁴ Die Veröffentlichung der Modellrechnungsergebnisse, die für das Jahr 2000 je nach Modellannahmen von etwa 7 Mio. und für das Jahr 2030 von über 12 Mio. Ausländern (insbesondere Türken) in der Bundesrepublik ausgingen, haben den politisch-psychologischen Hintergrund dieser Diskussion gebildet.

Aus dem bisher Gesagten läßt sich zusammenfassend folgern, daß die Einstellung zu Ausländern und ihrer Zuwanderung vor allem von der Zahl der schon Zugewanderten und ihrer Herkunft sowie von den gesellschaftlichen Gewinnen bzw. Kosten, die man sich von der Zuwanderung verspricht, beeinflusst wird. Bedrohlich bzw. unsympathisch wirken insbesondere Zuwanderer, die als wirtschaftliche und soziale Belastung empfunden werden und eigene Arbeitsmarktrisiken tatsächlich oder vermeintlich erhöhen. Von Zuwanderern bedroht fühlen sich insbesondere Bundesbürger, die sich in einer sozio-ökonomischen Konkurrenzsituation mit den Zuwanderern sehen und/oder eher sicherheitsorientierten, materialistischen Einstellungsmustern auf einer Materialismus/Postmaterialismus-Skala zu neigen.³⁵ Das Bedrohungsgefühl ist am stärksten ausgeprägt bei älteren, weniger gut ausgebildeten und wirtschaftlich besorgteren Bun-

32 P. F. Esfahani/P. C. Mülhens: »Die Einstellung zu Ausländern: Ein Problemaufriß«, Außerschulische Bildung 1983, S. 84.

33 Bei der Befragung in der ehemaligen DDR haben die Polen die niedrigsten Sympathiewerte; vgl. Der Spiegel 26/1990, S. 50.

34 In einer Hochrechnung bis zum Jahr 2030 wirkt es sich natürlich massiv aus, ob man von einer jährlichen Asylbewerberzahl von etwa 15 000 oder aber von über 100 000 ausgehen muß.

35 Siehe hierzu: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Anm. 27), S. 46–60.

Tabelle 3
Ablehnende Haltung gegenüber Gastarbeitern in Deutschland 1980–1990 (in Prozent der Befragten)

	Anpassen	Zurückschicken	Politikabstinenz	Endogamie
1980	66	52	51	44
1984	61	42	47	34
1988	57	36	38	33
1990	51	31	36	24
Differenz 1980–1990	-15	-21	-15	-20

Die Frageformulierung lautete: »Auf dieser Liste stehen einige Sätze, die man schon irgendwann einmal gehört hat, wenn es um Gastarbeiter ging. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, inwieweit Sie ihm zustimmen. Mit Hilfe der Skala unten auf der Liste können Sie wieder Ihre Meinung abstimmen: Gastarbeiter sollten ihren Lebensstil ein bißchen besser an den der Deutschen anpassen (Hier als »Anpassen« bezeichnet) – Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Gastarbeiter wieder in ihre Heimat zurückschicken (»Zurückschicken«) – Man sollte Gastarbeitern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen (»Politikabstinenz«) – Gastarbeiter sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen (»Endogamie«).« Die Kategorien 5–7 auf der siebenstufigen Skala wurden hier als Zustimmung zusammengefaßt.
Quelle: ALLBUS (Anm. 39).

desbürgern³⁶, dagegen deutlich schwächer bei den besser Ausgebildeten, insbesondere bei Befragten mit Abitur oder Studium³⁷, in der Angestellten und Beamten sowie bei allen Befragten, die die Wirtschaftslage im Vergleich zum Vorjahr als besser einschätzen.³⁸ Entsprechend ist zu vermuten, daß sich die Ablehnungstendenz bei einer allgemeinen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage abschwächen wird.

Tabelle 3 zeigt mit Daten, die im Rahmen des ALLBUS³⁹ erhoben wurden, genau diese Tendenz: eine deutliche Abschwächung negativer Einstellungen gegenüber Gastarbeitern in den achtziger Jahren.

Bei allen vier Fragen – die härteste ist die nach der Endogamie, die weichste die nach der Anpassung des Lebensstils – nimmt die Distanz der Befragten in den achtziger Jahren kontinuierlich und deutlich ab. Die Fragen zielen jeweils natürlich nur auf einen Teilausschnitt des Einstellungsspektrums gegenüber Ausländern; entscheidend ist in unserem Zusammenhang, daß sie als Ausdruck einer allgemeinen Grundhaltung gegenüber Ausländern angesehen werden können, und das um so mehr, je konsistenter die Veränderungen entlang der einzelnen Indikatoren sind.⁴⁰ Von einer generellen Zunahme der Ausländerfeindlichkeit in den achtziger Jahren kann nach den Daten des ALLBUS jedenfalls nicht die Rede sein. Auch nach weiteren hierzu vorliegenden Untersuchungen⁴¹ ist davon auszugehen, daß das Einstellungsklima gegenüber Ausländern in der

Bundesrepublik sich zwar zwischen Herbst 1978 und Frühjahr 1982 drastisch verschlechtert hat⁴², in der Folgezeit sich aber die ausländerkritischen Einstellungen wieder deutlich

36 Nach der Untersuchung von M. Kremer und H. Spangenberg, Assimilation ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, Königstein/Ts. 1980, steigt die Diskriminierungsbereitschaft gegenüber ausländischen Kollegen, wenn die eigene berufliche Position als besonders schlecht eingeschätzt wird, insbesondere wenn keine Möglichkeiten einer beruflichen Verbesserung gesehen werden (S. 110).

37 Ganz ähnlich die Einstellungsunterschiede bei Schweizer Bürgern, vgl. W. Linder (Anm. 15), S. 154. Ausführlich hierzu: U. Wagner, Soziale Schichtzugehörigkeit, formales Bildungsniveau und ethnische Vorurteile. Eine empirische Untersuchung, Berlin 1983.

38 Vgl. D. Just/P. C. Mülhens: »Ausländerzunahme: objektives Problem oder Einstellungsfrage? Aktuelle Einstellungen der Deutschen gegenüber ausländischen Mitbürgern«, Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 25/1982, S. 35–38. Ähnlich: A. Gehring/F. Böttgen, (Anm. 31), S. 23–33, sowie Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Anm. 27), S. 46–60. In den neuen Bundesländern ist das Bedrohungsgefühl auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sehr ausgeprägt. Siehe unten Anmerkung 47.

39 Der ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) ist ein von Bund und Ländern finanziertes Forschungsprogramm zur Erhebung aktueller repräsentativer Einstellungsdaten in der Bundesrepublik, das bei ZUMA (Mannheim) und dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (Köln) realisiert wird.

40 Vgl. K.-H. Reuband: »Wächst in der Bundesrepublik die Ausländerfeindlichkeit?«, Neue Praxis 3/1989, S. 270–274 (271).

41 Siehe dazu die Hinweise auf Untersuchungen von Emnid 1982 und 1986, Ipsos 1984 und 1988 sowie auf Umfragen der Städte Köln und Duisburg bei K.-H. Reuband (ebd.), S. 273f.

42 Im Infratest-Politik-Barometer sinkt der Anteil derjenigen, die sich dafür aussprechen, »Gastarbeiter sollen für immer hierbleiben können«, von 60 Prozent (Nov. 1978)

abgeschwächt haben. Dieser Trend hat eine gewisse Entsprechung auf der Verhaltensebene; der Anteil derjenigen, die nach den Erhebungen des ALLBUS persönliche Kontakte zu Gastarbeitern im Rahmen der eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft haben, hat sich zwischen 1980 und 1990 mehr als verdoppelt⁴³; persönlichen Kontakt im Freundes- und Bekanntenkreis hatten 1988 etwa 25 Prozent.

Damit wird allerdings auch deutlich, daß ein immer noch sehr geringer Anteil der Bundesbürger Ausländer aus persönlichem Umgang kennt, sich also die Mehrheit ihr Urteil über sekundäre Informationen, das heißt: über politische Meinungsführer und die Medien, ohne Korrektur durch Primärerfahrungen, bildet. Damit bekommt die *politische Thematisierung* von sogenannten Ausländerproblemen eine enorme Bedeutung. Politische Thematisierung – das konnte man schon in der Diskussion über Ausländerfeindlichkeit 1980 bis 1982 beobachten – vervielfacht den Vorrat an umlaufenden Interpretations- und Argumentationsfiguren, etabliert ein sich aufschaukelndes Wechselspiel zwischen Politik und Medienöffentlichkeit und fokussiert das politische Interesse dann letztlich derart, daß von den politisch Verantwortlichen Lösungen erwartet werden. Für das Thema Ausländerfeindlichkeit gilt die Besonderheit, daß das Problem (die ablehnende Einstellung oder die Ausländerfeindlichkeit) sowohl Ausgangspunkt als auch wiederum Ergebnis der politischen Thematisierung ist. Alle Medien diskutieren über, alle Politiker warnen vor Ausländerfeindlichkeit, und das Ergebnis ist eine verstärkte Problemwahrnehmung und eine Zunahme der Ablehnungsreaktionen.⁴⁴

Ein solcher Zusammenhang zwischen der Thematisierung und der Problemwahrnehmung der Bevölkerung zeigt sich z. B. in den Daten des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen in der ersten Jahreshälfte 1989. Den Republikanern war es im Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus gelungen, vor allem das Thema »Ausländer« in die politische Diskussion zu bringen. Die Republikaner konnten nach dem Erfolg in Berlin (immerhin 7,5 Prozent der Wählerstimmen) bis zum April 1989 einen Spitzenwert in den (bundesweiten)

Wählerpräferenzen von über 10 Prozent erreichen. Parallel dazu erreicht das Thema Asylbewerber, Ausländer, Aussiedler in der Problemwahrnehmung der Bevölkerung einen Spitzenwert von über 70 Prozent.⁴⁵ Die Ereignisse in der DDR setzen dann allerdings im weiteren Verlauf des Jahres andere Schwerpunkte in der öffentlichen Diskussion. Das Thema bleibt auf einem relativ niedrigen Niveau der Aufmerksamkeit bis zum Sommer 1991, also bis zum Vorfeld der Bremer Wahl, wo es wieder einen enormen Aufschwung nimmt. Ende August 1991 (die Kommunalwahl in Bremen ist im September) wird das Ausländerthema in den alten Bundesländern von den Bürgern (mit einer Zustimmung von fast 80 Prozent) wieder als wichtigstes politisches Problem eingestuft.⁴⁶

Hat sich dadurch zu Beginn der neunziger Jahre die Ablehnungshaltung gegenüber Ausländern bei den Bundesbürgern wieder verstärkt? Da es für die Jahre 1991 oder 1992 noch keine Vergleichsdaten aus dem ALLBUS gibt, kann man an dieser Stelle zunächst nur spekulieren. Wenn sich das Spektrum der Einflußfaktoren aus den achtziger Jahren nicht geändert hat, spricht alles für einen Wiederanstieg der Ablehnungshaltung. Erstens ist die Zahl der Zuwanderer so stark gestiegen wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Allein zwischen 1989

auf 42 Prozent (Febr. 1982). Der gleiche Stimmungsumschwung, allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau der Ablehnung, zeigt sich bei der Frage nach dem Verbleib der »Zweiten Generation«: »sie sollten hierbleiben können« sagten im November 1978 71 Prozent, im Februar 1982 nur noch 60 Prozent.

43 Von 5 Prozent auf 11 Prozent.

44 Seit Ende der siebziger Jahre kann man beobachten, daß dieser zirkuläre Zusammenhang strategisch genutzt wird, daß die politischen Meinungsführer die *gate-keeper*-Funktion, die sie in der Diskussion politischer Themen haben, aus wahltaktischen Gründen aufgegeben haben. »Weil sich die Bürger ängstigen, wird über die Asylanten so geredet, daß die Abwehr weiter aufgewiegelt wird – ein teuflisches Karussell.« (R. Leicht in Die Zeit Nr. 40 vom 26. September 1991).

45 M. Kaase/W. G. Gibowski: »Deutschland im Übergang: Parteien und Wähler vor der Bundestagswahl 1990«, Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 37–38/1990, S. 14–26 (18/19).

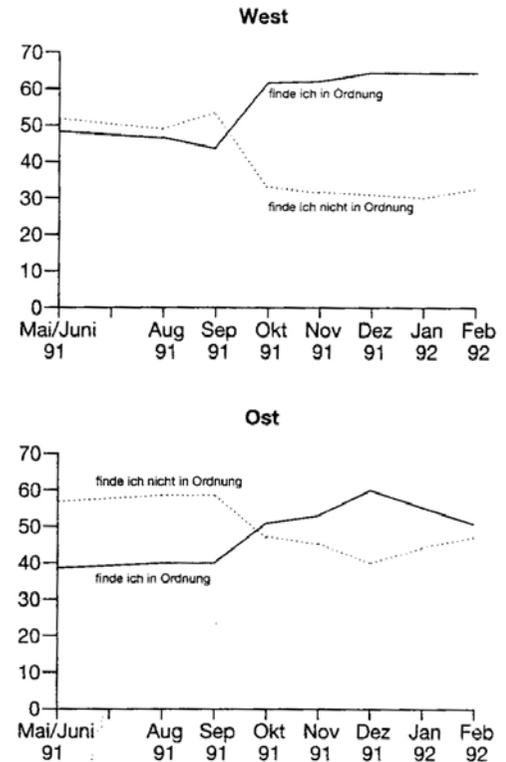
46 Vgl. M. Jung/D. Roth: »Politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland seit der Bundestagswahl 1990«, Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 19/1992, S. 3–16 (4).

und 1991 überstieg die Anzahl der zugewanderten Aussiedler und Asylbewerber 1,5 Mio. Personen. Zweitens haben sich die Wirtschaftsaussichten in den letzten Jahren wieder verschlechtert. In den alten Bundesländern werden die wirtschaftlichen Lasten der Vereinigung jetzt in ihrer realen Größenordnung erkennbar, in den neuen Ländern hat die Wirtschaft in den beiden letzten Jahren einen beispiellosen Niedergang erlebt – die Bürger haben ihre Wirtschaftserwartungen deutlich nach unten korrigieren müssen.⁴⁷ Drittens ist das Thema Zuwanderung durch die Asylrechtsdebatte geradezu ein Dauerbrenner der politischen Auseinandersetzung der letzten Jahre gewesen.

Die Ablehnungshaltung der Gesamtbevölkerung war also sicherlich 1991/92 wieder auf höherem Niveau als im Verlauf der achtziger Jahre. Die Ereignisse von Hoyerswerda haben allerdings das Meinungsbild noch einmal verändert. Um die folgenden Daten interpretieren zu können, ist in Erinnerung zu bringen, daß die Übergriffe auf die unmittelbar vor Wohngebieten liegenden Ausländerwohnheime im sächsischen Hoyerswerda in der Zeit vom 17. bis 22. September 1991 geschahen. Mehrere hundert Personen – meist Anwohner – erklärten sich mit den jugendlichen Gewalttätern solidarisch und wandten sich gegen den Polizeieinsatz zum Schutz der Heimbewohner. Weil man den Schutz der dort untergebrachten Asylbewerber nicht gewährleisten konnte, wurden diese auf Anweisung der sächsischen Landesregierung nach langwierigen politischen Auseinandersetzungen in anderen Städten untergebracht. Wie hat die Bevölkerungsmeinung auf diese Ereignisse reagiert? Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern ist in Reaktion auf die rechtsextremen Übergriffe ein Solidarisierungsbzw. Mitleidseffekt feststellbar (vgl. Abbildung 2).

Der Akzeptanzindikator der Forschungsgruppe Wahlen⁴⁸ zeigt nach den Ereignissen im September einen bemerkenswerten Stimmungsumschwung: eine erhebliche Korrektur der vorher überwiegend ablehnenden Einstellungen zum Aufenthalt von Ausländern in der Bundesrepublik. Daß dieser Stimmungswandel, der im Osten ohnehin sehr viel schwächer

Abbildung 2
Akzeptanz von Ausländern in Deutschland (Ost und West) 1991/1992 (in Prozent der Befragten)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer

ausfällt als im Westen, von Dauer ist, muß allerdings bezweifelt werden: Im Februar 1992 bewegen sich die Akzeptanzwerte in Ostdeutschland schon wieder deutlich in Richtung ihrer Ausgangslage.

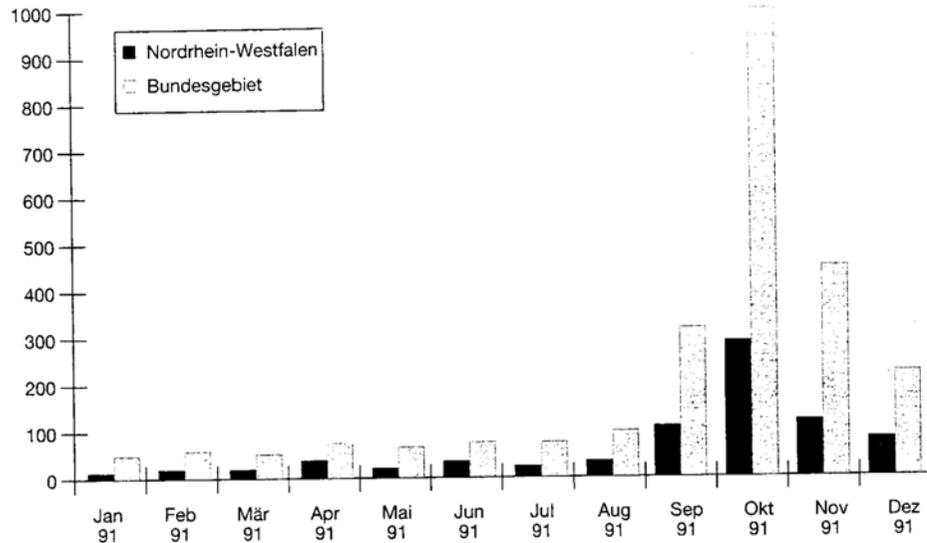
In der rechtsextremen Szene haben die Über-

47 Eine Studie des Zentralinstituts für Jugendforschung (vgl. W. Friedrich/W. Schubarth: »Ausländerfeindliche und rechtsextreme Orientierungen bei ostdeutschen Jugendlichen«, Deutschland Archiv 10/1991, S. 1052–1065) stellte bereits Ende 1990 eine deutlich stärkere Negativeinstellung bei ostdeutschen Jugendlichen im Vergleich zu den Altbundesländern, insbesondere eine ausgeprägte Ablehnungsreaktion bei der Gruppe der Lehrlinge fest.

48 Die sehr schlichte Frage der Forschungsgruppe Wahlen lautet: »In Deutschland leben viele Ausländer. Finden Sie das in Ordnung, oder finden Sie das nicht in Ordnung?«, vgl. M. Jung/D. Roth (Anm. 46), S. 8.

Abbildung 3

Fremdenfeindliche Straftaten im Bundesgebiet 1991



griffe von Hoyerswerda wie eine Initialzündung gewirkt. Die Szene hat sich durch die Übergriffe selbst, die politischen Reaktionen hierauf und die öffentliche Beachtung in den Medien politisch bestätigt gefühlt. Abbildung 3 zeigt mit einer Monatsübersicht über fremdenfeindliche Straftaten in der Bundesrepublik bzw. in Nordrhein-Westfalen 1991 die Folgen: einen Nachahm- und Mobilisierungseffekt von geradezu unglaublichem Ausmaß.

Die Abbildung zeigt, daß die Straftaten mit fremdenfeindlichem Bezug in der Reaktion auf den Anschlag und seine öffentliche Diskussion enorm ansteigen und auch in der Folgezeit vorerst auf einem höheren Niveau bleiben. Die Zuspitzung dieser Reaktion auf die Zeitspanne, in der intensiv über Hoyerswerda berichtet wurde, ist noch deutlicher in den Wochenzahlen erkennbar: Die Mehrzahl der fast 400 Straftaten im September und Oktober fällt auf die letzte September- und die erste Oktoberwoche. Inzwischen ist bereits abzusehen, daß die rechtsradikale Szene auch die Rostocker

Ereignisse aufgrund der öffentlichen Beachtung – die Fernsehberichterstattung hatte ja fast den Charakter einer Direktübertragung – als Sieg »ihrer Sache« verbuchen und auch in anderen Orten nach diesem Vorbild weiter symbolische Erfolge suchen wird.

v

Die äußerst komplexe Frage nach geeigneten Strategien und Maßnahmen gegen »Ausländerfeindlichkeit« läßt sich nicht in einer kurzen Schlußbetrachtung abhandeln. Ich beschränke mich daher auf drei Schlußfolgerungen in Thesenform.

Meine *erste These* lautet, daß zwischen der Ausländerfeindlichkeit des rechten Politik-Spektrums und den Ablehnungsreaktionen der Mehrheit der Bundesbürger analytisch und praktisch zu differenzieren ist. Für die unterschiedlichen Adressatengruppen müssen spezifische politische Angebote gemacht werden. Es gibt kein Mittel mit »Breitenspektrumswir-

kung« gegen »Ausländerfeindlichkeit«. Aggressive Werbestrategien für mehr »Ausländerfeindlichkeit«, wie sie in verschiedenen Plakataktionen und Fernsehspots des letzten Jahres angewendet wurden⁴⁹, können mehr Schaden als Nutzen bewirken, wenn sie nicht deutlich nach Adressaten trennen. Wer soll denn beispielsweise Ansprechpartner einer Kampagne sein, die mit reißerischen Überschriften wie »Wer hilft mit, Zeinab anzuzünden?« oder »Wer hilft mit, den Özals die Wohnung zu zertrümmern?«⁵⁰, Aufmerksamkeit zu erringen sucht? Die schweigende Mehrheit? Und wie reagieren rechtsextreme Gruppierungen darauf?

Meine *zweite These* lautet, daß man die Erfolgsaussichten von Kommunikationsstrategien (ethische Appelle, Aufklärung und Information, Propaganda) aus verschiedenen Gründen (u. a. wegen der selektiven Aufmerksamkeit des Publikums) skeptisch beurteilen muß, wenn man nicht nur die bereits Informierten und Aufgeklärten in ihrer Haltung bestärken, sondern gerade diejenigen erreichen will, die Ausländern gegenüber besonders ablehnend reagieren.⁵¹ Aus der Pädagogik internationaler Begegnungen weiß man zum Beispiel, daß im Grunde nur die bereits Interessierten und Aufgeschlossenen sich bewußt interkulturellen Lernerfahrungen aussetzen. Umgekehrt hat man bei Personen mit eher »autoritären« Charakterzügen festgestellt, daß eine Informations- und Aufklärungsstrategie zu einer Verschärfung von Vorurteilshaltungen führen kann (Bumerang-Effekt). Die verbreitete Überbewertung der Vorurteilsproblematik geht gleich auf mehrere Mißverständnisse zurück. Hier ist an erster Stelle die Fehleinschätzung des Vorurteils als eine Vorstufe oder sogar Ursache von aktiver Diskriminierung zu nennen: Während es berechtigt sein mag, von offener Diskriminierung oder gewalttätigen Aktionen auf das Vorhandensein von diskriminierenden Einstellungen und entsprechenden sozialen Vorurteilen rückzuschließen, wird in umgekehrter Richtung ein Fehlschluß daraus.⁵² Soziale Vorurteile wirken nicht unmittelbar auf die Verhaltensebene; dort werden zahlreiche weitere Einflußfaktoren wirksam wie z. B. die Konformitätsbereitschaft oder die

Erwünschtheit bzw. Unerwünschtheit von Einstellungen in einer bestimmten sozialen Situation.⁵³ Vorurteile sind auch nicht notwendig Auslöser von sozialen Konflikten; sich steigende Spannungen zwischen sozialen Gruppen sind aber der ideale Nährboden für die Wirksamkeit von Vorurteilen. Spitzen sich Konflikte allerdings zu, dann können Vorurteile zu relativ selbständig wirkenden und motivierenden Konfliktgrößen werden.⁵⁴ Schließlich dürfen soziale Vorurteile und diskriminierende Einstellungen nicht mit politischer Ablehnung und politischem Protest gleichgesetzt werden. Hier ist auch das Mißverständnis anzusiedeln, man müsse auf solche politischen Phänomene mit »Einstellungsänderungsprogrammen« reagieren, die von klassischen Erziehungsprogrammen und *moral suasion* bis hin zu individualistischen Therapieformen reichen. Eine Gesellschaft ist aber nun einmal keine Therapiegruppe.⁵⁵ Und soweit es gar nicht um Vorurteile, sondern um reale Erfahrungen geht, ist es wohl auch wenig erfolgversprechend, mit Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit den Menschen ihre Erfahrungen auszureden⁵⁶, also Kommunikationsstrategien als Politik-Ersatz einzusetzen. An diesen Erfahrungen etwas zu ändern, bleibt Aufgabe der Politik.

Meine *dritte These* lautet, daß besagte Ableh-

49 Z. B. die Medienaktion des Hessischen Rundfunks »Ausländerhaß – nicht mit uns!«.

50 Die Antwort auf den Plakaten heißt: »Alle, die schweigen. Alle, die dabeistehen. Alle, die wegschauen. Alle, die heimlich Beifall klatschen.«

51 Einen Überblick über die Erfolgsvoraussetzungen gibt W. Stroebe, Grundlagen der Sozialpsychologie, Stuttgart 1980.

52 Ausführlich hierzu: F. Heckmann, Die Bundesrepublik: ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität, Stuttgart 1981, S. 71 ff.

53 Vgl. I. Ajzen/M. Fishbein, Understanding Attitudes and Predicting Social Behavior, Englewood Cliffs, N. J. 1980.

54 Vgl. P. Röjke: »Wie entstehen politisch-soziale Vorurteile, und sind sie veränderbar?« in: B. Clausen/K. Wasmund (Hrsg.), Handbuch der politischen Sozialisation, Braunschweig 1982, S. 335–366 (355).

55 Vgl. H. Schweizer: »Projekte zur Verstärkung interkultureller Kenntnisse am Beispiel »Gastarbeiter« und »Europäische Integration«, in: A. Thomas (Hrsg.), Interkultureller Personenaustausch in Forschung und Praxis, SSIP-Bulletin Nr. 54, Saarbrücken 1984, S. 97–127 (111).

56 Vgl. W. Heitmeyer: »Behauptungen kommen gegen Erfahrungen nicht an«, Erziehung und Wissenschaft 9/1989, S. 6–10.

nungsreaktionen und »Ausländerfeindlichkeit« mit Versäumnissen und Fehlreaktionen in der Wohnungs- und Siedlungspolitik, in der Bildungs- und Jugendpolitik und nicht zuletzt in der Zuwanderungspolitik zu tun haben. »Ausländerfeindlichkeit« ist in entscheidendem Ausmaß das Resultat von »Politiker- und Politikversagen«. Mit »Politiker-Versagen« sind die geradezu schamlosen Versuche gemeint, (nicht nur) in Wahlkämpfen auf Kosten der Zuwanderer Mehrheiten zu ergattern. Wer die Plakatierungen aus den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, die Argumentationsleitfäden der großen Parteien zum Thema Asyl in den letzten Wahlkämpfen oder das taktische »Schattenboxen« um den Artikel 16 verfolgt hat, kann sich im Grunde nur wundern, daß die Ablehnungsreaktionen der Bevölkerung nicht noch massiver ausfallen. Mit »Politik-Versagen« sind insbesondere Defizite und strategische Fehler in der Zuwanderungspolitik angesprochen. Eine Massenzuwanderung ohne ein klares politisches Votum für die Zuwanderung, ohne Vorbereitung und Unterstützung des Zuwanderungsvorgangs, kurz: *eine Einwanderung ohne Einwanderungspolitik* erzeugt zwangsläufig den Eindruck des politischen Kontrollverlustes, auf den die Bevölkerung mit Angst reagiert.

Kein politisches System verträgt auf Dauer Schizophrenie: Der noch aus den fünfziger Jahren stammende Grundsatz »Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland« steht schon seit geraumer Zeit nicht mehr im Einklang mit dem realen Geschehen. Die Beschwörung dieser Formel stellt Politik als unwirksam und die Zuwanderer als Eindringlinge hin. Jede Politikeräußerung, die einen unerwarteten und unerwünschten Zuzug anspricht, signalisiert Kontrollverlust. Aus der Streßforschung weiß man, daß Streß (der ja auch positiv als Herausforderung erlebt werden kann) dann negativ erlebt wird, wenn dieses Gefühl des Kontrollverlustes auftaucht. Während in anderen Politikfeldern, z. B. der Rentenpolitik, ganz selbstverständlich der Grundsatz der Berechenbarkeit von Politik beherzigt wird, um der Entstehung von Unsicherheitsgefühlen bei der Wahlbevölkerung im Rentenalter entgegenzuwirken, agiert man in Migrationsfragen dies-

bezüglich wie der sprichwörtliche »Elefant im Porzellaniaden«.

Ein Element der Beruhigung könnte in einer weitsichtigen Politik der Verstetigung der Zuwanderung liegen. Es müßte politisch klargestellt werden, unter welchen Bedingungen und in welcher Größenordnung die Bundesrepublik für Zuwanderung offen ist. Es ist ein Unterschied in der politisch-psychologischen Ausgangskonstellation, ob man in Zuwanderungsfragen auf der Basis individueller Rechtsansprüche die Handlungsinitiative den Aufnahme suchenden Fremden überläßt (und bezeichnenderweise darauf mit immer neuen Anläufen reagiert, die Aufnahmemodalitäten zu verschlechtern), oder ob man die Entwicklung selbst aktiv zu gestalten versucht, also bewußt eine erklärte Zuwanderungspolitik betreibt, deren Möglichkeiten und Grenzen politisch abgeklärt wurden.⁵⁷ Die derzeitige Situation ist gekennzeichnet durch privilegierte Zuwanderungsmöglichkeiten für deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa einerseits und eine völlige Überlastung des Asylbewerbungsverfahrens andererseits. Richtungsweisende Vorschläge in der jüngsten Diskussion gehen dahin, eine »Zweite Tür« für die Einwanderung zu öffnen, für die nicht der Nachweis politischer Verfolgung erforderlich ist. Ein solcher zweiter Einwanderungsweg (für Armuts- bzw. Arbeitsmarktflüchtlinge) könnte das Prüfungsverfahren zur Erlangung des politischen Asyls quantitativ entlasten und bei der quotierten Zuwanderung der »Zweiten Tür« eine langfristige und gezieltere Vorbereitung ermöglichen und damit auch die Akzeptanz der Zuwanderung erhöhen. In den letzten Jahren haben wir hingegen ganz überwiegend eine überstürzte und an Ort und Stelle völlig unvorbereitete Aufnahme von Zuwanderern erlebt, was Abwehrreaktionen vor allem bei denjenigen hervorruft, die »ihre« Infrastruktur mit den Neuankömmlingen teilen müssen oder aktuell berechnete Sorgen um ihren Arbeitsplatz oder ihre Wohnung haben (wie in den neuen Bundesländern).

57 Vgl. W. Kälin: »Schweizerische Migrationspolitik im Spannungsfeld von Humanität und Staatssouveränität, in: W. Kälin/R. Moser (Anm.15), S. 11–25 (16).